



Integration der Erfassung von Personen, Straßen, Daten, Internet: Überwachung total!

Indect: Überwachung ganz eng

»Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung von Bürgern in städtischen Räumen« (Indect) nennt sich ein Projekt, das von der EU vorangetrieben und damit ministeriell verantwortet wird und nur mittelbar unter parlamentarischer Kontrolle steht.

Ziel ist die Bündelung von Hard- und Software verschiedener Überwachungstechnologien. Mittels »Vorhersageanalysen« und »Suche nach Beziehungen« sollen »Risiken« analysiert und »Straftaten« vorhergesehen werden, ohne dass es hierfür eindeutige Definitionen gibt.

Dazu setzt man einerseits auf die Überwachung des Internets und aller Telefonnetze durch automatisierte Suchroutinen für Bilder, Videos und Sprache. Erfasst werden sollen dabei »abnormales Verhalten«, Beziehungen zwischen Personen und Inhalte von Unterhaltungen. Unter anderem soll Software Beziehungsmuster zwischen Menschen und Organisationen erkennen, indem sie alle Formen von Telefonverkehr, Daten und Internet, darunter Websites, soziale Netzwerke und Chats, analysiert.

Andererseits sollen Polizei, Militär und Geheimdienste bewegte Gegenstände und Personen

verfolgen können. Benötigt werden hierzu mobile Geräte. In den Städten sollen hub-schrauberähnliche Überwachungsdrohnen, also ferngesteuerte und teilweise selbst entscheidende fliegende Kameras, zum Einsatz kommen. Weiterhin sollen diese Drohnen »intelligent und autonom« vernetzt werden und miteinander kooperieren, um bewegte Gegenstände (zum Beispiel auch Fahrräder) und Personen sowohl identifizieren als auch verfolgen zu können.

Vervollständigt wird die Überwachung durch das Speichern aller erfassten Bewegungen, Telefongespräche, E-Mails, Chats und ausgespionierten Computerdateien. Vorratsdatenspeicherung, Handyortung, Gesichtserkennung und Ähnliches leisten hierzu ihren Beitrag.

Je nachdem, wie die so erfassten Daten interpretiert werden, können Unschuldige plötzlich verdächtig werden. Somit sind auch Sie nicht sicher davor, eines Tages ohne Schuld ein Verdächtigter zu sein. Was verdächtig ist, bestimmt ein Kreis aus Softwareentwickelnden, Anwendenden und Auswertenden. Deshalb gilt es hier, rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Fotos: links: © Libertinus Montecruz, flickr/ Mitte: © Paulae, Wikimedia Commons/ rechts: © William Viker, Wikimedia Commons

»Leben unter Drohnen«

Studie der Stanford und der New York University, September 2012

Amerikanische Drohnenangriffe in Pakistan terrorisieren und radikalieren die Bevölkerung. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie »Living Under Drones«, die vor allem auf Interviews mit Augenzeuginnen und Augenzeugen, Angehörigen oder Opfern von Drohnenangriffen basiert. Kontakt knüpften die Autorinnen und Autoren der Studie über pakistanische Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte von Drohnenopfern einsetzen.

Allein in Pakistan kamen seit Juni 2004 bis zu 881 zivile Opfer durch Drohnenangriffe ums Leben, bis zu 1362 wurden verletzt. Diese Angriffe prägen massiv den Alltag der Menschen in den pakistanischen Stammesgebieten: Sie wissen nicht, wann Gefahr droht, und meiden größere Versammlungen. Sie trauen sich nicht mehr, auf dem Markt einzukaufen, ihre Kinder in die Schule zu schicken oder in die Moschee zu gehen. Ein Bauer berichtet, er würde kaum noch auf seinem Feld arbeiten, weil er Angst habe, sich draußen aufzuhalten. Die Bevölkerung wird außerdem daran gehindert, ihre alltäg-

lichen Konflikte zu lösen, weil auch Treffen von Stammesältesten in den Bergen, bei denen solche Konflikte gelöst werden, bereits Ziele von Drohnenangriffen wurden. Seitdem finden sie seltener statt. Militär und Geheimdienst beziehen die Hintergrundinformationen für Drohnenangriffe vermutlich von lokalen Spioninnen und Spionen mit zweifelhafter Glaubwürdigkeit, persönliche Zwistigkeiten können schnell zu tödlichen Verleumdungen führen; das Misstrauen der Menschen untereinander wird geschürt.

Unter der Präsidentschaft von Barack Obama haben die Drohnenangriffe massiv zugenommen. Ein Krieg in Pakistan mit konventionellen Methoden müsste in Senat und Repräsentantenhaus diskutiert werden, um zu entscheiden, ob der Einsatz wirklich im nationalen Interesse ist. Durch Drohnen lässt sich das umgehen. Die Einsätze werden in der Öffentlichkeit als eine Art Polizeiaktion beschrieben. In Pakistan aber schüren die Einsätze Hass und werden von der Bevölkerung schon längst als Krieg empfunden.

Unter Unterwendung von Material von faz.net, 3.10.2012, Interview von Daniel Schrödel mit Stephan Sonnenberg, Stanford University.

Keine Rüstungsmesse in Frankfurt!



Keine bewaffneten Drohnen!, keine Überwachungsdrohnen!

5. bis 7. November 2013
AIRTEC Frankfurt/Main



Mehr Informationen zu unserem Protest gegen die Präsentation von militärischen Drohnen auf der AIRTEC finden Sie unter www.pax-christi.de/airtec.html
Pax-Christi-Bistumsstelle Limburg (V.i.S.d.P.), Dorotheenstraße 11, 61348 Bad Homburg,
Tel./Fax: 0 61 72 92 86 79, info@pax-christi.de, www.pax-christi.de



Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung Berlin, ILA, 2012



Der europäische Rüstungskonzern EADS/Cassidian hat eigens einen Hangar für seine erste Überwachungs- und Aufklärungsdrohne Euro Hawk gebaut. Dieses Exemplar war im Juli 2011 autonom aus Kalifornien in Manching bei Ingolstadt gelandet und wurde am 12. Oktober 2011 offiziell eingeweiht. Die Bundeswehr hat für ihre Luftwaffe vier weitere Exemplare von Northrop bestellt.

Keine Präsentation von Kriegstechnologie in Frankfurt!

Vom 5. bis 7. November 2013 findet auf dem Frankfurter Messegelände zum siebten Mal die Luft- und Raumfahrt ausstellung AIRTEC statt. Von großer Bedeutung sind die bei dieser Fachmesse präsentierten unbemannten Flugobjekte (UAV), sogenannte Drohnen, die sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich eingesetzt werden können. Auf der AIRTEC werden bewaffnete Drohnen vorgestellt, die vor allem für einen Zweck entwickelt wurden: militärische Einsätze wie die »gezielte Tötung Terrorverdächtiger« durch die US-Luftwaffe in Pakistan und anderen Ländern. Die Studie »Living Under Drones« (Zusammenfassung der Studie siehe letzte Seite, voller Text unter www.livingunderdrones.org) spricht

unter Berufung auf das Bureau of Investigative Journalism von bis zu 881 zivilen Toten und 1362 zivilen Verwundeten. Die Studie weist auch auf das Bedrohungsgefühl der Bevölkerung und die langfristige politische Kontraproduktivität der Drohneneinsätze hin. Rechtlich gesehen sind diese Angriffe übrigens nicht legitimiert, da sich die USA und Pakistan nicht im Krieg befinden. »Tötung Verdächtiger« ist nichts anderes als »Newspeak« für die bekannten »extralegalen Hinrichtungen«. Politisch wird der ausgeübte und nicht zu rechtfertigende Terror durch den Hass der Betroffenen und wahrscheinlich sogar der gesamten muslimischen Welt auf den Westen zurückschlagen.

4. November: Protest gegen militärische Drohnen auf der AIRTEC

Wir möchten Sie dazu einladen, sich unserem Protest gegen die Präsentation von Kriegstechnologie auf der Frankfurter Messe am Montag, 4. November vor der Katharinenkirche (Hauptwache) anzuschließen.

Wir fordern die Veranstaltenden der AIRTEC dazu auf, keine Drohnen zu präsentieren, die zu militärischen Zwecken eingesetzt werden können.

Montag, 4.11. 2013, Frankfurt, in der Zeit von 15.30 bis 16.30 Uhr vor der Katharinenkirche / Hauptwache

Bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr

Unbewaffnete Überwachungsdrohnen besitzt die Bundeswehr bereits seit Mitte der siebziger Jahre. Nach offiziellen Angaben (Stand: Anfang 2012) verfügt sie über 331 Überwachungsdrohnen in Deutschland, 70 in Afghanistan und 6 weitere in anderen Teilen der Welt.

Nun will Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière auch bewaffnete Drohnen anschaffen. Er behauptet, deren Einsatz sei nichts anderes als die Betätigung eines Pistolenabzugs: »Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten.« Ebenso zynisch seine weitere Aussage: »Je besser man zielen kann, desto weniger Schäden gibt es.«

In Deutschland reagiert die Bevölkerung auf Kriegseinsätze traditionell kritisch. Kampfdrohnen erscheinen von daher als die »ideale Option«, um Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, ohne den Kampfeinsatz von Soldatinnen und Soldaten irgendwo auf der Welt rechtfertigen zu müssen. Klar ist, dass die Hemmschwelle für Kriegseinsätze sinkt. Pläne für den Bundeswehr-

einsatz eigener Kampfdrohnen liegen bereits auf dem Tisch: »Ab 2014 oder 2015 brauchen wir eigene unbemannte Luftfahrzeuge, die sofort verfügbar und einsetzbar sind. Da sind wir in Vorüberlegungen, etwas zu kaufen«, verriet der Minister am 3. August 2012 in einem Gespräch mit der Tageszeitung Die Welt.

Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall entwickelt bereits ein Modell für Kampfeinsätze. Es soll eine Kamikaze-Drohne werden, die ihr Ziel und sich selbst zerstört. Sie wäre weder vor noch nach dem Einschlag sichtbar. Terror in letzter Perfektion.

Erst im Sommer 2013 wurde klar, dass ein anderes Drohnenprojekt, die Anschaffung der Überwachungsdrohne Euro Hawk, nach 15 Jahren gescheitert ist – bezeichnenderweise wegen der Kosten. Der langjährige Entwicklungsprozess, dessen Probleme seit Langem bekannt waren, hat den Steuerzahlenden weit über 600 Millionen Euro gekostet.

Überwachungsdrohnen für Militär, Polizei, Geheimdienste

Fast unbemerkt sind hierzulande Drohneneinsätze zur Überwachung fast alltäglich geworden. 2010 und 2011 wurden 500 Drohneneinsätze beantragt und meist positiv beschieden. Diese Zahl enthält der »Bericht über die Art und den Umfang des Einsatzes von unbemannten Luftfahrtsystemen« der Bundesregierung. Er wurde zwar nie offiziell vorgelegt, kursiert aber in den Medien. Laut diesem Bericht werden Drohnen zur Überwachung, Aufklärung und Personensuche von Militär, Landespolizeien und Bundespolizei (und damit auch Frontex) eingesetzt. Der Bundestag ließ 2012 die Nutzung des Luftraums durch Drohnen prinzipiell zu. Mit wichtigen Fragen zum Einsatz hat er sich nicht befasst. Auch nicht mit möglichen Datenschutzverletzungen durch den Einsatz »fliegender Kameras« bei Demonstrationen.

Wie schnell man Drohnenopfer werden kann, wurde Angela Merkel im September 2013 persönlich vorgeführt. Ein »Pirat« hatte eine Kameradrohne direkt vor ihr kreisen lassen. Die Drohne hätte ebenso bewaffnet sein können. Laut offizieller Stellungnahme soll jedoch »keinerlei Gefahr« von ihr ausgegangen sein.

Diese Aussage verharmlost den Umstand, dass durch Drohnen die Privatsphäre jeder Bürgerin und jedes Bürgers unbemerkt durchleuchtet werden kann. Überwachungsdrohnen gibt es heute getarnt, klein und kaum erkennbar.

Drohnen schließen bisher noch vorhandene Lücken in der Überwachung. Neue Verfahren zur Verknüpfung von Daten aus verschiedenen

Quellen bringen die Überwachung nahezu aller Lebensbezüge eines Menschen in greifbarer Nähe. Diese Verfahren sind das Ziel eines EU-Programms namens Indect. Daten sollen stärker automatisiert ausgewertet und »im Idealfall« ohne Eingreifen von Entscheidungstragenden genutzt werden. Das Gefahrenpotenzial dieser Verfahren ist hoch. So wurden in Afghanistan Hochzeitsgesellschaften als Terroristinnen und Terroristen markiert. Auch Sie als unschuldige Bürgerin oder unschuldiger Bürger können durch ein als »auffällig« festgestelltes Verhalten verdächtigt werden.

Doch was geschieht mit Daten, die (evtl. sogar richterlich genehmigt) von Ihnen erfasst werden?

Sollten Sie in Zukunft auch nur zufällig bei einer öffentlichen Aktion anwesend sein und sich im öffentlichen Raum »nicht normal« bewegen, werden Sie »markiert«. Kameras zur Überwachung der öffentlichen Sicherheit und Drohnen wirken zusammen und halten Sie fest unter Beobachtung. Ihre Daten werden auf lange Zeit in Archiven verwahrt.

Ob und wann sie gelöscht, wie sie zwischenzeitlich genutzt werden, ist offen.

Völlig offen ist ebenfalls, ob und wie und mit welchen Interessen diese Datenspeicher und ihre Nutzung in ganz unbekanntem politischen Systemen der Zukunft genutzt werden.